



Liestal, 25. April 2010

## **Klares Ja für die Sanierung der Chemiemüll-Deponien**

**Die SP Baselland hat an ihrer Geschäftsdelegiertenversammlung vom 24. April der Initiative für die Totalsanierung der Muttenzer Chemiemüll-Deponien den Vorzug vor dem Gegenvorschlag gegeben. Sie beschloss auch ein weiteres Ja zur Initiative für eine Finanzierung der Trinkwasseraufbereitung nach dem Verursacherprinzip. Für die SP Baselland ist klar: Damit es nach der allzu langen Verschleppung der Sanierung der Deponien und der Trinkwasseraufbereitung endlich zu nachhaltigen Lösungen kommt, braucht es nicht nur ein politisches Zeichen, sondern den konkreten Druck und den unmissverständlichen Auftrag durch die Initiativen.**

Die Ausgangslage für die Parolenfassung zu den kurzfristig anberaumten kantonalen Abstimmungen vom 13. Juni 2010 war spannend, besonders bei der Initiative für die Totalsanierung der Muttenzer Deponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse. Der Landrat hatte dieser Initiative vor 10 Tagen einen Gegenvorschlag gegenüber gestellt. Das doppelte Ja zu Initiative und Gegenvorschlag war in der SP zwar unbestritten. Differenzen gab es aber in der Stichfrage, was in den beiden Referaten deutlich zum Ausdruck kam.

Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer beantragte die Bevorzugung der Initiative. Landrat Ueli Halder gab dem Gegenvorschlag den Vorzug. Susanne Leutenegger betonte, dass der Druck auf Verursacherfirmen und Behörden – die jahrzehntelang eine Lösung verschleppt hätten – nur durch die Initiative aufrecht erhalten und verstärkt werden könne. Einen weiteren Vorteil der Initiative sah sie darin, dass diese konsequent auf die Kostenverteilung nach dem Verursacherprinzip pocht. Ueli Halder hielt demgegenüber dem Gegenvorschlag zugute, dass dieser nicht nur den umstrittenen Begriff "Totalsanierung" vermeide, sondern in einem pragmatischen Ansatz vorsieht, dass die Verursacherfirmen in Verhandlungen zu einer angemessenen und über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus gehenden Mitfinanzierung gebracht werden sollen. Damit könnten langwierige Rechtshändel vermieden werden. Bei der Abstimmungsempfehlung für die Stichfrage sprachen sich 52 Stimmen für die Bevorzugung der Initiative aus, während 17 Stimmen den Gegenvorschlag favorisierten.

Noch klarer fiel die Zustimmung zur Initiative "Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchungen und -aufbereitung bezahlen" aus. 63 Stimmen sprachen sich für ein Ja zur Initiative aus, während 8 Stimmen dem Antrag auf Stimmfreigabe folgen wollten.

Im statutarischen Teil der Geschäftsdelegiertenversammlung ist Martin Rüegg einstimmig als Präsident bestätigt worden, ebenso Silvio Tondi als Vizepräsident. Verdankt wurde insbesondere der Einsatz der aus der Geschäftsleitung austretenden bisherigen Vizepräsidentin Annemarie Marbet. Neu in die Geschäftsleitung gewählt wurden Regula Nebiker und die neue Parteisekretärin Miriam Dürr.

Auskunft erteilen:

Martin Rüegg, Präsident SP BL            079 357 69 27  
Ruedi Brassel, Sekretär SP BL        079 393 48 49